

HELMUT TSCHOERNER

Volkskirche oder Bekenntniskirche

Erfahrungen und Perspektiven der Christen in der früheren DDR

Meine Gedanken gehen zurück zum 30. Oktober 1989. Die Leipziger Thomaskirche ist überfüllt. Es ist ein Montag – Zeit für das Friedensgebet um 17 Uhr. Draußen im Zentrum der Messestadt ruht der Verkehr, viele Läden haben schon geschlossen, um ihren Mitarbeitern die Teilnahme an der großen montäglichen Demonstration zu ermöglichen, die gegen 18 Uhr beginnen soll – aber vorher sind einige Tausend in den Innenstadtkirchen beisammen, um miteinander zu beten, Gottes Wort zu hören, zu singen, Raum zu geben für Zeugnisse des Glaubens. So erlebe ich es mit anderen, die wir eng gedrängt im Altarraum von St. Thomas sitzen, gleich neben der Stelle, wo der große Thomaskantor begraben liegt.

Dann ziehen die Hunderte singend hinaus auf die Straße, wir dringen langsam vor bis zum Karl-Marx-Platz; es dauert allein eine halbe Stunde etwa, bis wir auf den Platz gelangen in diesen unvorstellbaren Menschenmassen, mit ihren selbstgemalten Transparenten, mit ihren witzigen und kritischen Losungen. Dann endlich setzt sich der Strom der an diesem Abend etwa 150 000 bis 200 000 Menschen in Bewegung, am Opernhaus, am Hauptbahnhof vorbei, entlang dem Ring, der die Altstadt von Leipzig umgibt. Und da auf einmal ein Plakat, das ich noch nicht gesehen habe: Kirche, wir danken dir! Das andere waren alles politische Losungen, Forderungen nach dem Rücktritt der SED-Größen, nach freien Wahlen, nach mehr Demokratie: „Statt schwarzen Kanälen – saubere Flüsse“ – und nun auf einmal dies! Da waren offenbar ein paar Leute, die wußten, wie dies alles angefangen hatte, wie in kleinen Gruppen innerhalb der Kirche freimütig diskutiert wurde über kritische Fragen, wie Kirche Raum und Schutz bot für Menschen, die nicht nur unangepaßte Fragen stellten, sondern auch deutlich ihren Wunsch nach Veränderungen zu erkennen gaben. Kirche, wir danken dir.

Ein Jahr später – im Oktober, November 1990, vieles hat sich in wenigen Monaten geändert, das alte System ist zusammengebrochen, demokratische neue Strukturen sind im Aufbau begriffen, da ist wieder von der Kirche die Rede: Tausende von Menschen stehen stundenlang in langen Schlangen vor den staatlichen Ämtern, um ihren Austritt aus der Kirche zu

erklären, andernfalls, so fürchten sie, werde die Kirche sie mit staatlichen Zwangsmitteln zur Zahlung großer Beträge zwingen. Es sind zum Teil Leute, die in den zurückliegenden Jahren zwar noch formell der Kirche angehörten, aber sich finanziell nicht beteiligten, zum Teil sind es auch Gemeindeglieder, die sich gegen ein neues Steuersystem wenden, das ihnen nicht zu ihrem Bild von Kirche zu passen scheint.

Wohin führt der Weg der Kirche zwischen Ostsee und Erzgebirge, zwischen Rhön und Oderbruch? Wie hat diese Kirche sich verstanden in den letzten Jahrzehnten, welche Herausforderungen und besondere Chancen haben sie geprägt, welchen Einschränkungen und Gefährdungen war sie ausgesetzt? Was wird bleiben von den Erfahrungen einer vierzigjährigen Wanderung im Land des real existierenden Sozialismus?

1. Ein Blick zurück: Kirche im Sozialismus

a) Die Jahreszahlen 1945 und 1949 markieren einen tiefen Einschnitt im Leben der evangelischen Kirchen im Gebiet der früheren DDR. Das Ende des Zweiten Weltkriegs mit der Übernahme der Verantwortung durch die sowjetische Besatzungsmacht und danach die Gründung der DDR haben für unsere Kirchen, für ihre Organisation und ihr inneres Leben große Bedeutung erlangt. Zum ersten Mal in der Geschichte wurde in einem Gebiet mit vorwiegend evangelisch geprägter Bevölkerung damit begonnen, eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen. Zum ersten Mal sahen sich deutsche evangelische Kirchen einem Staat gegenüber, der von den Prinzipien und Maximen des Marxismus-Leninismus bestimmt wurde. Zum ersten Mal mußte man sich auseinandersetzen mit den Problemen einer strengen Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule. Dies hatte einschneidende Rückwirkungen zum Beispiel auf die Finanzstruktur der Kirchen und auf die Verantwortung für die christliche Unterweisung der Jugend. Der Aufbau eines eigenen Finanzapparates und die Entwicklung eines neuen Mitarbeiterzweiges, der Katecheten, waren unumgänglich, sie schufen erhebliche Probleme und Schwierigkeiten, führten aber auch letztlich zu neuen Erkenntnissen.

b) Die ersten Jahre nach dem Kriegsende, etwa zwischen 1945 und 1950, sind geprägt gewesen von einer Wiederbelebung volkskirchlicher Verhältnisse. Viele von denen, die sich in den dreißiger und frühen vierziger Jahren unter dem Einfluß der Nazi-Ideologie oder auch nur um ihrer Karriere willen von der Kirche getrennt hatten, traten nun wieder ein.

Enttäuscht vom Zusammenbruch dieser Ideologie, erschüttert von den Folgen des Weltkrieges, der im Namen dieser Heilslehre geführt worden war, wandten sie sich wieder dem christlichen Glauben zu, sicherlich oft mit tiefem Ernst und innerer Überzeugung. Gottesdienste und andere kirchliche Veranstaltungen fanden guten Zuspruch. In meiner Erinnerung sind besonders lebendig die gut besuchten Kindergottesdienste, oft mit hundertern von Kindern, so daß die Menge in kleinere Gruppen aufgeteilt werden mußte, die jeweils von Helfern betreut wurden. Dem entsprachen große Konfirmandenzahlen, die Zahl der Amtshandlungen, vor allem der Trauungen und Taufen, war beeindruckend.

Das zunächst vorhandene zahlenmäßige Wachstum der Gemeinden hing neben dem Wiedereintritt der „Rückkehrer“ auch mit dem Strom der Flüchtlinge aus dem Osten zusammen, die ihre Heimat verlassen hatten, in der Kirche aber ein neues Zuhause suchten. In vielen Gegenden haben diese Menschen aus Ostpreußen oder Schlesien auf Jahre hin das Leben ihrer neuen Heimatgemeinden mit ihren Glaubenserfahrungen, mit ihrem Engagement, positiv geprägt. Diese Phase der ersten Nachkriegsjahre, die ja als eine Zeit der „Restauration“ auch sehr kritisch beurteilt worden ist, hat nach meiner Erfahrung gerade vielen Menschen der jüngeren und mittleren Generation Mut gemacht, ihr Leben an diese Kirche zu binden, für diese Kirche einzutreten, von dieser Kirche einiges zu erwarten – auch als das Klima bald rauher wurde und der Wind – erneut – der Kirche recht heftig entgegenblies.

c) Mit der Gründung der DDR 1949 begann eine neue Entwicklung, die zunächst auf eine weitgehende Verdrängung der Kirche aus der Öffentlichkeit und der Gesellschaft abzielte und letztlich ein Auslöschung der Kirche nicht nur für wünschenswert, sondern auch für realistisch hielt. Auf seiten derjenigen, die sich als Marxisten-Leninisten und als Schüler Stalins für die Umgestaltung der Gesellschaft und für den Aufbau eines sozialistischen Staates als erster Stufe auf dem Weg zum Fernziel Kommunismus in der DDR verantwortlich wußten, war es von ihrer ideologischen Grundposition her klar, daß die Kirche in einer solchen neuen Gesellschaft auf Dauer keine Lebenschance haben würde. Sie sahen in der Kirche einen Teil des ideologischen Überbaus der absterbenden kapitalistischen Gesellschaft. So wie diese mußte auch die Kirche langsam, aber sicher aussterben. Eine intensive antireligiöse Propaganda hat über Jahre hinweg versucht, eine solche Entwicklung zu fördern, wobei der Bereich der Schule und der Universitäten eine besondere Rolle gespielt hat. Von Zeit zu Zeit wurde auch versucht, mehr oder weniger gewaltsam die Entwicklung zu

forcieren. Ich möchte erinnern an die Ereignisse der ersten Jahreshälfte 1953, als die Jugend- und Studentearbeit der evangelischen Kirche massiven Angriffen ausgesetzt war. Mit Verhaftung von leitenden Mitarbeitern, mit Schließung von Heimen und Einrichtungen, mit einer aggressiven Pressekampagne und mit Eingriffen in das Schulsystem (Abiturienten wurden mitten in den Abschlußprüfungen der Schule verwiesen, zum Teil unter unglaublichen Anschuldigungen der Hetze und der Arbeit für den Klassenfeind) wurde versucht, die kirchliche Jugendarbeit zu zerschlagen, mindestens stark einzuschränken. Obwohl nach dem 17. Juni 1953 die meisten Maßnahmen wieder rückgängig gemacht und viele Betroffene rehabilitiert wurden, hat die evangelische Jugendarbeit sich von diesen Angriffen nie wieder erholt, sie ist zahlenmäßig jedenfalls nicht wieder auf den alten Stand zurückgekommen. Besonders nachhaltig hat sich auf die Gemeinden die bald einsetzende, z. T. verschleierte, z. T. auch ganz deutliche Benachteiligung aktiver Christen in der Ausbildung und im Berufsleben ausgewirkt. Es war bald klar, daß für bestimmte Positionen in Wirtschaft und Gesellschaft das Bekenntnis zur herrschenden Lehre des Marxismus-Leninismus Grundvoraussetzung war. Genauso klar war, daß für das Vorankommen und das Erreichen bestimmter leitender Funktionen die Mitgliedschaft in der Kirche oder gar eine aktive Mitarbeit in ihr hinderlich sein würde. Viele haben daraus die Konsequenzen gezogen und sich von der Kirche getrennt – oft weniger aus ideologischer Überlegung als vielmehr aus Sorge um ihre Karriere. So sind die Jahre seit etwa 1950 für die Kirchen in der DDR verbunden gewesen mit einem ständigen zahlenmäßigen Schrumpfungsprozeß, der die Landeskirchen und Gemeinden zwar unterschiedlich stark betroffen hat, der aber doch an vielen Stellen einen starken Verlust an Wirksamkeit und öffentlicher Bedeutung mit sich brachte – abzulesen u. a. auch an den stark gesunkenen Zahlen der Amtshandlungen, insbesondere der Taufen und Trauungen.

Dieser Schrumpfungsprozeß ist bis 1961 und in den späten achtziger Jahren dadurch verstärkt worden, daß gerade auch Gemeindeglieder, um dem ideologischen Druck zu entgehen, den Weg nach dem Westen wählten und die DDR verließen. Durch diese doppelte „Absetzbewegung“, durch die Abwanderung gen Westen und die Distanzierung gegenüber der Kirche im Innern ergab sich immer stärker das Bild einer Minderheitskirche, wobei erschwerend hinzukam, daß auch viele von denen, die nominell zur Kirche zu rechnen waren, sich dennoch passiv verhielten und eine echte Beteiligung am Gemeindeleben weitgehend vermieden.

Genauere Zahlen hat es bisher nicht gegeben, aber es konnte kaum mit mehr als dreißig Prozent Gemeindegliedern, gemessen an der Gesamt-

bevölkerung, gerechnet werden, eher mit weniger. Dabei ist eine solche Durchschnittszahl aber nur ein fragwürdiger Mittelwert. Es gab und gibt erhebliche Schwankungen. Trotz vierzig Jahre sozialistischer Gesellschaft gibt es immer noch einige kleine Gebiete, in denen das kirchliche Leben einigermaßen floriert, guter Besuch der Gottesdienste und eine anhaltende „Nachfrage“ nach den Amtshandlungen zu registrieren sind. In anderen Gebieten, und es sind dies nicht nur die Großstädte oder Neubaugebiete, sondern durchaus auch ländliche Gemeinden, kann die Zahl der Gemeindeglieder bei zehn Prozent und weit darunter liegen. Den erwähnten Schrumpfungsprozeß wird man freilich nicht allein auf ideologischen und politischen Druck seitens der Partei zurückführen können. Der allgemeine Säkularisationsvorgang, der ja auch westlich von Elbe und Werra deutlich vorhanden ist, der zu einer weitgehenden Indifferenz und Gleichgültigkeit gegenüber Religion und Kirche führt und der im übrigen schon lange vor dem ersten Weltkrieg einsetzte, er ist auch in unserem Gebiet umfassend spürbar geworden.

Weithin haben sich die Menschen nicht so sehr von einem aggressiven Atheismus leiten lassen, sondern sie sind durch Erziehung und äußere Einflüsse weitgehend abgestumpft und gleichgültig gegenüber jeder religiösen Fragestellung und auch gegenüber kirchlichen Angeboten. Die atheistische Grundlage des deutschen Kommunismus hat andererseits natürlich die ablehnende bis feindliche Haltung gegenüber der Kirche verstärkt. Ein besonders deutliches Indiz für die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit der Kirche gegenüber ist zumeist der trostlose Zustand der Gotteshäuser. Allein in Berlin-Brandenburg sollen zweihundert Dorfkirchen vom Verfall bedroht sein – während wieder in anderen Gegenden trotz Geld- und Materialmangels auch kleine Gemeinden ihre Kirchen mit Liebe und vielen Opfern erhalten haben.

d) Das Bild unserer Kirchen ist sowohl für den außenstehenden Betrachter als auch für uns als Mitarbeiter und Gemeindeglieder merkwürdig widersprüchlich gewesen und ist es auch heute noch. Minderheitskirche? Volkskirche? Bekenntniskirche? Was sind wir? Volkskirchliche Minderheitskirche? Zur Minorität geschrumpfte Volkskirche?

Was uns u. a. von den osteuropäischen Minderheitskirchen unterscheidet, ist dies, daß sie auch da, wo sie gebiets- und zeitweise volkskirchlichen Charakter trugen, immer eine Minderheit dargestellt haben; nur einen Bruchteil der Bevölkerung repräsentierten; immer nur über sehr begrenzte Mittel verfügten; immer sehr stark auf Partnerbeziehungen und auf Hilfe durch andere Kirchen ausgerichtet waren; immer auch ein viel stär-

keres Zusammengehörigkeitsbewußtsein der Gemeindemitglieder vorweisen konnten.

Unsere Kirchen haben erst langsam lernen müssen, als Minderheit zu leben. Dies war oft ein schmerzhafter Prozeß. Man hat ihn positiv zu deuten gesucht mit dem Begriff vom „Gesundshrumpfen“, mit der Zielangabe „von der Volks- zur Bekenntniskirche“. Andere aber haben gefürchtet, der Weg zur Minderheitskirche könne zugleich sehr schnell auch zu einer Getskirche führen, und sie haben von daher das missionarische Zeugnis und die Verbundenheit mit der Gesellschaft angemahnt. In der Tat haben unsere Kirchen nie ganz ihren volkskirchlichen Charakter abgelegt: Das überkommene Parochialsystem, das ja vom volkskirchlichen Denken herkommt, wurde trotz großer Schwierigkeiten als Verwaltungs- und Versorgungssystem beibehalten. Wohl wurden aufgrund des Pfarrer- und Mitarbeitermangels kleinere Gemeinden zusammengelegt, aber keine Gemeinde, kaum ein Gotteshaus wurde aufgegeben. Dahinter steht die Gewißheit, daß Kirche im Volk doch stärker verwurzelt ist, als äußerlich sichtbar ist, und daß die Kirche von daher eine flächendeckende Versorgung durch Predigt und Seelsorge bereithalten sollte. Kirche versteht sich auch als zahlenmäßige Minderheit potentiell zum Dienst für alle und zu allen gerufen.

Dies wird auch deutlich an dem diakonischen Angebot, das trotz großer finanzieller und personeller Probleme aufrecht erhalten wurde. Anfang der achtziger Jahre wurden von der evangelischen Kirche durch ihr Diakonisches Werk 48 Krankenhäuser mit 6 600 Betten, 273 Feierabend- und Altersheime mit 11 000 Betten, über 100 Heime für geistig und körperlich Behinderte mit 5 400 Betten sowie fast 300 Kindergärten und Kinderkrippen unterhalten. Unter oft schwierigen Verhältnissen war man immer darauf ausgerichtet, diese Dienste eher auszubauen als einzuschränken, auch wenn es über die eigenen Kräfte weit hinausging. Diejenigen, die von diesen Diensten und Institutionen profitierten, waren nur zum Teil Glieder der Kirche. Aber dies war beabsichtigt. Es sollte ja gerade deutlich werden, daß Kirche vom Evangelium her sich zum Dienst am ganzen Menschen und am ganzen Volk berufen weiß.

Der Dienst unserer Kirchenmusik war ein weiterer Punkt, wo weit über den Kreis der kleiner gewordenen Gemeinden hinaus Menschen im Volk erreicht wurden, die sonst wenig oder gar keinen Kontakt zur Botschaft der Kirche hatten. Die Einladungen zu den Orgelmusiken haben im letzten Jahrzehnt sicherlich Zehntausende auch von kirchenfremden und kirchenfernen Leuten erreicht. Gleiches gilt für die Aufführungen der großen Werke der musica sacra durch unsere Chöre. Wer will eressen, wieviel

an „Botschaft“ über den „künstlerischen Genuß“ hinaus hier an Menschen außerhalb der Gemeinde vermittelt wurde?

Weiter möchte ich nennen den sonntäglichen Gottesdienst im staatlichen Rundfunk, der über Jahrzehnte ungezählten Menschen Trost und Hilfe vermittelt hat, weit über den Kreis der sogenannten Kerngemeinde hinweg; die Anwesenheit der Theologie an den sechs staatlichen Universitäten als eine bleibende Erinnerung daran, daß ohne ein Nachdenken über „letzte Dinge“ und die ethischen Normen es keine Wissenschaft zum Wohle des Menschen und des Volkes geben kann.

e) Als Minderheitskirche haben wir lernen müssen, mit vielen Einschränkungen und Begrenzungen zu leben. Diese waren uns z. T. auferlegt durch das politisch-gesellschaftliche System, z. T. sind sie entstanden aus dem Entwicklungsprozeß, dem wir unterworfen waren.

Die Möglichkeiten der Kirche, sich in der Öffentlichkeit zu äußern und sich selbst darzustellen, waren sehr begrenzt. Die Auflagenhöhe z. B. der kirchlichen Wochenzeitungen war so niedrig, daß es kaum für die innerkirchlichen Bezieher ausreichte. Zudem versuchte das staatliche Presseamt immer wieder, Einfluß zu nehmen auf den Inhalt. Die wenigen Male, wo Kirche im Fernsehen erscheinen konnte, etwa sechsmal im Jahr für eine Viertelstunde, gaben kaum eine große Chance, Kirche lebendig und umfassend darzustellen.

„Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch!“ – so waren die meisten kirchlichen Verlautbarungen, einer staatlichen Auflage folgend, gekennzeichnet. Damit sollte abgesichert werden, daß die betreffenden Materialien ungehindert weitergegeben werden konnten, freilich auch unter bewußtem Verzicht auf Breitenwirkung. Mir scheint, daß dieser Satz auch in gewisser Weise unser Bewußtsein geprägt hat. Die „Nischen-Mentalität“, die man oft dem DDR-Bürger nachgesagt hat, d. h. der Rückzug auf einen eng begrenzten Freiraum, fern von gesellschaftlicher Gängelung und Beanspruchung, die hat es – so denke ich – auch in bezug auf Kirche und Gemeinde gegeben: mehr Bewahrung des Ererbten und Bewährten als Entdeckung neuer Möglichkeiten – mehr Streben nach Absicherung als Aufbruch zu neuen Ufern. Mehr Stillehalten und zaghaftes Warten auf bessere Zeiten als lauter Widerspruch.

Die oft so unbequemen Gruppen in oder auch am Rande der Kirche, die sich mit ökologischen Fragen, dem Friedenszeugnis und den Menschenrechten befaßt haben, sie haben dies immer wieder angemahnt, Kirche für andere, für alle zu sein. Die Kirche in der DDR ist nie so sehr Kirche des Volkes, Volkskirche gewesen, als in den Monaten und Zeiten, da sie sich

im konziliaren Prozeß der Fragen und Nöte der Menschen angenommen hat und für die sprachlosen Betroffenen das angesprochen hat, was die vielen bewegte: die Sorge um den Frieden, um ein Miteinander in Gerechtigkeit, um die Bewahrung der Schöpfung.

2. Kirche zwischen gestern und morgen

a) Wie soll es weitergehen mit unseren Kirchen? Mehr Fragen als Antworten im Augenblick. Mehr Besorgnis, Ungewißheit und auch Resignation – denn frohe Erwartungen und Zuversicht. Eine lange Liste von Problemen und Irritationen: Die unübersehbaren finanziellen Engpässe, der schlechte bauliche Zustand so vieler kirchlicher Gebäude, der Pfarrermangel (noch verschärft durch die Abwanderung so mancher Pfarrer in die Politik), die ungewissen Zukunftschancen bei kirchlichen Mitarbeitern (bei den Katecheten, Fürsorgern u. a.) – und vor allem auch die Sorge, verinnahmt, überfremdet, ungefragt in andere Richtungen umgeleitet zu werden; letztlich die eigene Identität zu verlieren. Viele haben den Eindruck, daß ihre Erfahrungen und Erkenntnisse wenig oder gar nicht gefragt sind, daß vielmehr Anpassung an andere Regeln und Verfahrensweisen erwartet wird. Dabei ist durchaus das Bewußtsein vorhanden, daß nicht alles so bleiben kann, wie es war, daß Veränderungen notwendig sind – aber warum so schnell, so radikal? Und warum Änderungen nur in eine Richtung? In drei Problembereichen sind diese Verunsicherungen besonders deutlich hervorgetreten.

b) Bisher lebte die Kirche in der DDR von Kollekten, von Spenden und einer Kirchensteuer, die eigentlich keine war. Hinzu kamen die sogenannten Staatsleistungen und die finanziellen Hilfen von EKD, Gliedkirchen, Partnergemeinden, ökumenischen Organisationen. Ohne diese Hilfen wären vor allem die kleineren Landeskirchen kaum lebensfähig gewesen. Nun kommen im Zuge des allgemeinen Kostenanstieges gewaltige neue finanzielle Verpflichtungen auf die Kirchen und Gemeinden zu. Es ist deutlich, daß sie mit dem alten System, das ja nicht einmal die bisherigen Kosten abdecken konnte, auf keinen Fall abgesichert werden können. Die EKD hat zwar für die nächsten Jahre – vor allem für Gehälter und Löhne – weitere Millionenbeträge zugesagt, dies aber ist keine Lösung auf Dauer.

Das alte System der Kirchensteuerveranlagung und -erhebung, wie es in unseren Kirchen seit der Einführung der strikten Trennung von Staat und Kirche in den vierziger Jahren gültig war, hatte zweifellos viele Nachteile:

Es war zu aufwendig, fünfzehn Prozent des Aufkommens mußten jeweils in den Betrieb des Kirchensteuerapparates investiert werden. – Es gab keine Steuer-„Gerechtigkeit“: viele zahlten nichts, ohne auszutreten, es gab viel Ärger mit diesen Zahlungsverweigerern, ihr Status war unklar und umstritten. Viele andere zahlten zwar, aber nach eigenem Gutdünken; man konnte ihr Einkommen mangels Unterlagen nur annähernd schätzen. So war man froh, wenn sie wenigstens etwas zahlten, auch wenn es nicht dem entsprach, was sie eigentlich hätten beitragen müssen. Wir müssen selbstkritisch zugeben, daß es uns auf dem Weg in die Minderheits- und Freiwilligkeitskirche nicht gelungen ist, den größeren Teil der Gemeindeglieder finanziell zu aktivieren. Im wesentlichen wurden die Lasten von einer kleinen Gruppe von aktiven Mitgliedern getragen.

So war angesichts des steigenden Bedarfs die Frage nach einer Steigerung des Aufkommens auf der Tagesordnung. Von seiten der EKD wurde dringend die Übernahme des Kirchensteuereinzugsverfahrens in Zusammenarbeit mit den staatlichen Finanzämtern empfohlen. Trotz kritischer Stimmen haben die Landessynoden alle sich dann sehr schnell für die Übernahme dieses Modells entschieden, sicherlich in der Erwartung, daß dieses System bei allen Unwägbarkeiten der jetzigen Situation effektiver sein werde, wenn es auch sicherlich erst in ein paar Jahren richtig greifen wird.

Dennoch wird von den Gemeinden nach wie vor, z. B. in den Kirchenzeitungen, deutliche Kritik gegen diese Entscheidung vorgebracht. Haben wir uns damit nicht in Abhängigkeit vom Staat gebracht und ein Stück Selbständigkeit aufgegeben? Ist damit nicht eine Vorentscheidung gefallen in Richtung Volkskirche westlicher Prägung (so Landesbischof Stier)? Geht damit nicht ein Stück unmittelbarer Verbindung zwischen dem Gemeindeglied und seiner Kirche verloren? Ist der Zeitpunkt richtig gewählt, d. h., wäre es nicht besser gewesen, Schritt für Schritt vorzugehen und eine Beruhigung der finanziellen Verunsicherung in der Bevölkerung abzuwarten? Vor allem wird Kritik geübt daran, daß kirchlicherseits versäumt wurde, rechtzeitig über die vorgesehenen Veränderungen umfassend zu informieren. So sind durch Fehlinformationen viele Unsicherheiten entstanden im Blick auf die Höhe der Steuern (ein Gerücht sagte: neun Prozent des Einkommens!), und dies hat u. a. die erwähnte Austrittsbereitschaft angeheizt.

Ein Ergebnis wird das neue System auf jeden Fall haben: Es wird Klarheit bringen im Blick auf die Mitgliedszahlen. Wir sind gespannt, mit welchen Zahlen wir überrascht werden. Und die Ausgetretenen? Einige vertreten die Meinung, die Kirche habe hier keinen echten Verlust gehabt,

es handle sich um Leute, die ohnehin nicht mehr in den Karteien erfaßt waren oder sich weder durch personelles noch finanzielles Engagement am Leben der Kirche beteiligt hätten. Andere fürchten, daß hier Menschen verlorengegangen sind, die bei rechtzeitiger Kontaktaufnahme, bei Gespräch und Eingehen auf ihre Fragen sich durchaus auch anders entschieden hätten. Eine vertane Chance?

c) Die Trennung von Kirche und Schule ist in der DDR Ende der vierziger Jahre mit großer Konsequenz durchgeführt worden. Zugleich wurde damit begonnen, den Unterricht in den Schulen dem ideologischen Anspruch der marxistisch-leninistischen Weltanschauung mit ihrer atheistischen Komponente zu unterwerfen. Ziel des Unterrichts war es, die – wie man sagte – wissenschaftlich fundierte Weltanschauung des Marxismus-Leninismus zu vermitteln. Dabei war natürlich kein Platz für religiöse Fragestellungen oder auch nur für Informationen über den Bereich der Weltreligionen. Religion war allenfalls eine düstere Folie, vor der eine angeblich wissenschaftliche Weltanschauung ausgebreitet wurde, in der religiöser Irr- und Aberglaube überwunden war. Die Lehrerschaft ist so ausgebildet worden, daß man selbst bei Oberstufenlehrern – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – auch die einfachsten religiösen Grundbegriffe oder Fakten als unbekannt voraussetzen muß. Entsprechend ist die schulische Erziehung über vierzig Jahre hinweg gelaufen, entsprechend ist das Wissen bei etwa neunzig Prozent der DDR-Bevölkerung.

Kirchlicherseits wurde vom Ende der vierziger Jahre an die Christenlehre aufgebaut, um den Kindern aus christlichen Familien eine Hinführung und Einübung in den christlichen Glauben zu ermöglichen. Dieser Unterricht konnte nur in kirchlichen Räumen stattfinden. Die Teilnehmerzahlen sind kontinuierlich zurückgegangen. In der Regel waren die Christenlehregruppen sehr klein, oft zwei oder drei Kinder. Manchmal mußten Kinder aus mehreren Klassenstufen zusammengenommen werden, damit es sich zahlenmäßig überhaupt lohnte. Ziel war immer, in einer kindgemäßen Form die zentralen Inhalte des christlichen Glaubens und der Kirchengeschichte zu vermitteln und die Kinder zugleich in das Leben der Gemeinde hineinzuholen. Christenlehre war weniger ein schulischer Unterricht; die offene, lockere Form, die nicht in erster Linie auf Vermittlung von Lernstoff ausgerichtet war, konnte im Einzelfall auch ein Ausgleich sein zu dem, was die Schule bot und forderte.

In nicht wenigen Fällen, so wird berichtet, haben auch Nichtgetaufte, Kinder aus unkirchlichen Familien, am Unterricht der Christenlehre teilgenommen und sind dabei oft ein belebendes Element gewesen. Bei aller

Hochachtung vor dem, was die Katecheten und vor allem Katechetinnen in Jahrzehnten geleistet haben, muß man kritisch anmerken, daß das angestrebte Ziel, die Hinführung der Kinder zum gemeindlichen Leben, besonders zum Gottesdienst, weithin Stückwerk geblieben ist, vielleicht auch deshalb, weil wir noch nicht genügend kinderoffene und kinderfreundliche Formen des Gottesdienstes entwickelt haben. Eine Breitenwirkung, so ist meine Meinung, hat die Christenlehre nicht gehabt, und konnte sie auch nicht haben, schon wegen der kleinen Zahlen der beteiligten Kinder.

Die Ankündigung, daß mit der Übernahme des Grundgesetzes in den fünf neuen Bundesländern nun Religionsunterricht in den Schulen etabliert werden könnte und die Kirchen eingeladen seien, sich dabei zu engagieren, hat keineswegs einen Schrei der Begeisterung hervorgerufen, sondern Ablehnung, besorgte Fragen, kritische Einwände. Die ersten Reaktionen waren nicht: Dies ist eine erwartete neue Chance, die wir entschlossen aufgreifen sollten. Sondern: Dies wäre das Ende der Christenlehre, die sich so gut bewährt hat, und sie muß erhalten bleiben! Nicht immer ist man dabei der Versuchung entgangen, die Christenlehre als die nicht zu überbietende, ideale Form der christlichen Unterweisung nur positiv darzustellen und den westlichen Religionsunterricht dabei als schwarze Folie zu benutzen. Dies ist sicherlich genauso falsch wie eine einseitige Abwertung der Christenlehre zugunsten des Faches Religion.

Inzwischen sind die Emotionen ein wenig abgebaut worden, mehr Sachlichkeit ist eingekehrt. Es setzt sich als Konsensus immer mehr die Einsicht durch, daß bei Bewahrung bewährter kirchlicher Unterrichtsformen entschlossen auch die Möglichkeit wahrgenommen werden sollte, sich bei der Gestaltung des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen als Kirche engagiert zu beteiligen. So hat z. B. die Mecklenburgische Synode Anfang November 1990 beschlossen:

„1. Die Landessynode bittet die Kirchenleitung und den Oberkirchenrat, dafür zu sorgen, daß in der Landesverfassung und im Landesschulgesetz für Mecklenburg-Vorpommern das Recht auf Religionsunterricht gewährleistet wird. ... Die Mitverantwortung der Kirche für die Erziehung und Bildung in der Schule besteht u. a. darin, daß die Schule im Rahmen ihres Bildungsauftrages dem Recht der Eltern und Schüler entspricht, die Sinnfrage im Dialog mit unterschiedlichen Auffassungen zu thematisieren, und dabei die christliche Perspektive einzubeziehen.

2. Weil die Schule derzeit und in den nächsten Jahren – besonders wegen fehlender ausgebildeter Lehrkräfte – ihren Auftrag an diesem Punkt nicht wahrnehmen kann, muß von einer Übergangszeit ausgegangen werden. In dieser Zeit ist die Kirche bereit, die Schule bei vorbereiteten

Schritten zu unterstützen. Dazu gehört, gegenseitige Vorurteile und Ängste abzubauen und Erfahrungen durch punktuelle Beteiligung kirchlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen am schulischen Unterrichtsgeschehen zu sammeln (z. B. im Zusammenhang mit Religionskundlichem in einzelnen Fächern oder Projekten). Das Ziel sollte sein, das Fach ‚Religion‘ so einzuführen, daß es möglichst von vielen (allen) Schülern, Eltern und Lehrern akzeptiert wird ...“

d) Seelsorge an Soldaten – ein weiterer Problembereich, der Kontroversen auslöst im Blick auf die Erwartungen der EKD, die Kirchen in unserem Bereich sollten nun die Regelungen entsprechend dem Militärseelsorgevertrag von 1957 übernehmen. Wo liegen die Probleme? Unbestritten ist auch bei uns, daß junge Christen, die ihren Wehrdienst absolvieren, die seelsorgerliche Begleitung besonders nötig haben, daß es Aufgabe der Kirche ist, sich intensiv um sie zu kümmern. Und dies ist auch unter den schwierigen Bedingungen der DDR praktiziert worden. Besonders an den NVA-Standorten haben Pfarrer, Jugendwarte und andere kirchliche Mitarbeiter mit großem persönlichen Einsatz, beargwöhnt und observiert von NVA und Stasi, diese jungen Christen betreut. Andererseits hat sich die Kirche ohne Wenn und Aber derer angenommen, die aus Glaubens- und Gewissensgründen den Wehrdienst überhaupt ablehnten oder nur bereit waren, als Bausoldaten zu dienen.

Über Jahre hinweg haben unsere Synoden sich dem Thema Friedenserziehung und Friedensdienst gewidmet. Es sei erinnert an den Beschluß der Bundessynode vom September 1987 „Bekennen in der Friedensfrage“. Da heißt es: „Jeder Christ, der vor die Frage des Wehrdienstes gestellt ist, muß prüfen, ob seine Entscheidung mit dem Evangelium des Friedens zu vereinbaren ist. Wer heute als Christ das Wagnis eingeht, in einer Armee Dienst mit der Waffe zu tun, muß bedenken, ob und wie weit er damit der Verringerung und Verhinderung der Gewalt und dem Aufbau einer internationalen Ordnung des Friedens und der Gerechtigkeit dient. Die Kirche sieht in der Entscheidung von Christen, den Waffendienst oder Wehrdienst überhaupt zu verweigern, einen Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt.“ Von dieser Grundposition her führt nicht so schnell ein Weg zu einer freudigen Bejahung und Praktizierung der Militärseelsorge. Wer in der Wehrdienstverweigerung das vom Glauben her gebotene „deutlichere Zeichen“ sieht, der wird Bedenken haben müssen, die Kaserne als Ort der Verkündigung anzunehmen.

Hinzu kommt: die Militärseelsorge wird von vielen als Ausdruck angesehen für volkskirchliche Verhältnisse, die wir so nicht haben. Ein Militär-

pfarrer für jeweils 1 500 Wehrpflichtige – das sind Maßstäbe, die wir gar nicht anlegen könnten. Bei uns ist es bisher die Regel gewesen, daß es an jedem Standort, in jeder Kaserne höchstens ein paar einzelne junge Leute gab, die aus einer christlichen Gemeinde kamen und mit kirchlicher Begleitung rechneten. Die Offiziere und Unteroffiziere als Mitglieder der SED waren natürlich ideologisch so ausgerichtet, daß sie alles, was auf kirchliches Engagement hindeutete, zu unterbinden, mindestens zu hindern suchten.

Es ist für viele Pfarrer eine ganz neue Situation, daß bei ihnen Offiziere auftauchen, die sich im Gespräch als praktizierende Christen zu erkennen geben, die in die Kasernen einladen und andere Angebote unterbreiten. Daran muß man sich erst einmal gewöhnen und es innerlich verarbeiten.

Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, das Leitungsorgan des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, hat auf ihrer Sitzung am 11. Dezember 1991 sich mit diesem Sachbereich befaßt, hierzu sollten die Gliedkirchen ihre Vorstellungen deutlich artikulieren. Ein Zwischenergebnis war die Meinungsbildung der Konferenz vom November 1990. In den sechs Punkten wird folgendes festgestellt:

- „1. Die Gliedkirchen sollten je einen Beauftragten benennen als Ansprechpartner für die Einzelabsprachen und die Organisation.
2. Die Gemeinden laden Soldaten in ihre Gottesdienste ein. Dies sollte besonders an Standorten intensiv geschehen.
3. In den Gemeindeveranstaltungen am Ort sind Soldaten willkommen. Da das Prinzip der Gemeindebezogenheit jeder Seelsorge gelte, sollten auch gezielte Angebote gemacht werden.
4. An großen Standorten wird es erforderlich sein, einzelne Pfarrer für den Seelsorgerdienst an Soldaten zu benennen und zu beauftragen. Hier werden die Kirchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten verstärkt Mitarbeiter einzusetzen haben.
5. In der besonderen Situation der Gliedkirchen des Bundes muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß nach evangelischem Verständnis gemeindliches Leben auch ohne beamtete Mitarbeiter (Pfarrer) möglich ist, so daß es zur Selbstverständlichkeit werden sollte, daß evangelische Soldaten auch selbständig zur Andacht, Bibelarbeit und Gebet in den Kasernen zusammenkommen können. In der NVA (Nationalen Volksarmee) wurde dies strikt verhindert.
6. Die Kirchen werden den Zugang zu den Kasernen für die beauftragten Mitarbeiter und Räume für ungestörte Seelsorge auch in Kasernen erbitten.“

In einem Gespräch, das am 3. Dezember 1990 in Berlin stattfand, hat Bischof Dr. Demke dem Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost, Generalleutnant Schönbohm, den augenblicklichen Gesprächs- und Erkenntnisstand in den evangelischen Landeskirchen erläutert. Dr. Demke hat dabei vor allem unterstrichen, es dürften keine Organisationsstrukturen entwickelt oder übernommen werden, die den friedensethischen Einsichten der Kirchen des Bundes widersprechen, nach denen die Entscheidung für den Wehrdienst das größere Wagnis ist. Der Rahmen der Seelsorge (d. h. die Einbindung des Seelsorgers in die militärischen Strukturen) dürfte nicht den Anschein erwecken, als sei unter heutigen Gegebenheiten im Bereich des Militärischen der Wehrdienst das Selbstverständliche. Es müßten die neue Situation im militärischen Bereich und neue friedensethische Einsichten auch für die Praxis der Seelsorge an Soldaten beachtet werden.

3. Kirche für andere – Kirche für alle

a) Was wollen wir bewahren, was soll für uns als Kirche im Mittelpunkt stehen? Im Rückblick auf 45 Jahre evangelischer Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft wird immer wieder gefordert, sich darüber Rechenschaft zu geben, was als Erkenntnis und Erfahrung dieser Zeit bewahrt und an andere weitergegeben werden sollte. Auffallend ist, daß es offenbar einige Schwierigkeiten macht, diese Erfahrungen überzeugend in kurze Worte zu fassen. Es werden auch ganz verschiedene Dinge benannt, genau besehen ist es gar nicht so viel, was da benannt wird. Vielleicht sind wir eine arme Kirche gewesen, auch in dem Sinn, daß uns gar nicht soviel Neues und Weltbewegendes eingefallen ist, das noch in Jahrzehnten prägend und wegweisend wirken könnte. Vielleicht waren wir zu stark in Anspruch genommen, uns als Kirche im grauen Alltag unter oft widrigen Umständen und kleinen und großen Sorgen zu behaupten. Ich möchte dennoch ein paar Dinge benennen, die aus meiner Sicht für die Zukunft unserer Kirchen wichtig sein werden – auch im Blick auf die Frage nach der Volkskirche.

b) Die tiefgreifende Trennung von Staat und Kirche, so neu und wohl auch schmerzhaft sie am Anfang für manche war, sie hat uns – menschlich gesprochen – als Kirche im Sozialismus überleben lassen. Die Distanz zwischen Staat, Partei, offizieller Ideologie und der Kirche war deutlich. Es war klar, daß die Kirche kein ferngelenkter Satellit war, wie so viele andere gesellschaftliche Organisationen und Einrichtungen. Diese Kirche

hatte keine äußere Macht, wenig Einfluß – aber gerade deshalb war sie für viele vertrauenswürdig, konnte man mit Hoffnung auf sie blicken. – Inzwischen haben sich die Verhältnisse gewandelt. Die Regierung, die wir haben, ist aus freien, demokratischen Wahlen hervorgegangen. Auf vielen Ebenen der Verwaltung begegnen wir auf einmal Menschen, die sich als Christen zu erkennen geben. So mancher, vom Ministerpräsidenten bis zum Oberbürgermeister und Landrat, ist früher in der Kirche tätig gewesen als Pfarrer, Diakon bis hin zum Konsistorialpräsidenten. Das ist neu für uns. Wir müssen uns erst daran gewöhnen. Und dennoch sollte es wohl dabei bleiben, daß die evangelische Kirche in einem gebührenden Abstand zur staatlichen Macht lebt und arbeitet.

Kirche ist natürlich immer auch eine gesellschaftliche Größe, aber sie darf nicht gebunden sein, mit der Machtausübung verflochten, sondern ein Gegenüber, mit Freiheit zur eigenen Meinung, bereit auch zur Kritik und Widerspruch.

c) Unsere Kirche sollte eine diakonische Kirche bleiben und immer mehr werden. Große soziale Herausforderungen kommen auf uns zu. Soziale Spannungen werden vermutlich unvermeidlich sein. Natürlich hat es auch bisher soziale Probleme gegeben, sie waren jedoch eingegrenzt, nicht so offensichtlich. Hunderttausende von Arbeitslosen, eine wachsende Zahl von Arbeitslosen, eine langsam beginnende Drogenszene, die Verpflichtung zur Aufnahme von Asylanten – in den alten Bundesländern ist man an derartiges seit Jahren gewöhnt, für Menschen in Sachsen und Pommern sind dies neue Probleme, mit denen man sich aus persönlicher Betroffenheit auseinandersetzen muß.

Hier entsteht ein riesiges Feld von notwendigen Aktivitäten für unsere Kirche. Einmal ist in vielen Fällen praktische Hilfe nötig – aber mindestens genauso wichtig dürfte die bewußtseinsbildende Arbeit sein, um die Menschen in unseren Gemeinden zu öffnen für ein Engagement auf all diesen Gebieten. Die Gefahr ist groß, daß die eigenen Sorgen und tatsächlichen Nöte blind und stumpf machen für die Nöte anderer.

d) Das andere Stichwort gehört sofort dazu: solidarische Kirche. Unter erschwerten Bedingungen – wir hatten keine konvertierbare Währung – haben die Kirchen in der DDR doch versucht, anderen Kirchen (insbesondere in Osteuropa) und auch Menschen in Not in der sogenannten Dritten Welt praktisch zu helfen. „Brot für die Welt“ z. B. hat bei uns zwar nicht die großen Beträge zur Verfügung gehabt wie bei den Kirchen im Westen, man konnte sich auch nur mit einem eingeschränkten Angebot

an Hilfsgütern im Katastrophenfall einsetzen, aber das Engagement war vorhanden.

Ähnliches gilt für die Hilfe, die den Kirchen in Polen, Ungarn, der CSFR oder Rumänien zugewandt wurde. Nun wird die besorgte Frage laut: Werden die Deutschen, auch die Kirchen, noch Kraft haben, nach draußen zu schauen, werden die eigenen Probleme nicht so sehr im Vordergrund stehen, daß die Solidarität mit den Armen, den Schwachen, den Benachteiligten immer geringer wird und am Ende ganz verlorengeht? In der Tat denke ich, ist dies ein Prüfstein für unser Denken und Handeln als Christen – ob wir wirklich die Lektion gelernt haben aus vierzig Jahren Kirche in einer sozialistischen Gesellschaft.

e) Volkskirche? Minderheitskirche? Auf jeden Fall missionarische Kirche. Die Ideologie vom Gesundshrumpfen, der Kult der kleinen Zahl, die Zufriedenheit mit einem Nischen-Dasein müssen überwunden werden, wenn unsere Kirche eine Zukunft haben soll. Zwei Dinge sind mir dabei wichtig: einmal sollten wir auf jede nur mögliche Weise über den christlichen Glauben ganz einfach informieren. Wir leben mit Menschen zusammen, die mehrheitlich nichts oder nur ganz wenig über Kirche, Glauben, Bibel wissen. Und das wenige, was sie wissen, ist oft verzerrt, entstellt, schlicht falsch. Es gilt zunächst einmal, Mißverständnisse aufzuklären und Vorurteile abzubauen.

Es geht darum, ein Klima zu fördern, in dem Menschen wieder fähig werden, auf die Botschaft des Glaubens zu hören. Hier könnte m. E. der Religionsunterricht eine wichtige Funktion in unserer Situation haben.

Und zweitens: Es geht natürlich nicht nur um Informationsvermittlung, es geht vor allem um Lebenshilfe aus den Worten Gottes heraus. Missionarische Kirche kann nur eine Kirche sein, die Mut macht, Mut zum Leben und Mut zum Glauben, zum Leben aus dem Glauben.

Um uns her sind so viele entmutigte, resignierte Leute, so viele Leute, die ohne Richtung und Halt sind, verbittert, verunsichert. Wer hilft ihnen – vor allem bei der Frage nach dem Sinn des Lebens, die ganz neu bei vielen aufgebrochen ist. Wenn man unsere Predigten prüft, dann wird man immer wieder feststellen, daß wir alle Probleme zutreffend beschreiben können, daß wir das, was den Menschen Angst macht und sie verunsichert, genau beim Namen nennen können. Und damit ist ja manchem schon ein Dienst getan. Aber das kann doch nicht alles sein. Am Ende könnte das herauskommen, daß wir die Menschen in ihrer Verzagttheit nur noch bestärkt haben. Ich meine nicht, daß wir vor den Menschen schöne, aber leider illusionäre Glücksbilder der Zukunft ausbreiten sollen. Aber die Aufgabe ist doch wohl die, den Verunsicherten und Verzagten gerade

angesichts aller Probleme die Zusage der helfenden und heilenden Gegenwart Gottes zu bezeugen.

Wir sind dabei, ein Missionsgebiet besonderer Art zu werden. Nach dem Fall der Mauer und der Einführung der D-Mark drängen all die Neu-Religionen, Kulte und Heilslehren zu uns herein, die sich bisher bei uns nicht entfalten konnten. Sie werben sehr intensiv, auch auf den Straßen, für ihren Guru, für ihre esoterischen Erkenntnisse, für das von ihnen entdeckte religiöse Heil. – Was werden wir, die Christen, antworten? Werden wir fähig sein, Rechenschaft zu geben über die Hoffnung, die in uns ist?

f) Unsere Kirche sollte schließlich eine ökumenische offene Kirche bleiben, eine Kirche, die sich nicht abschließt, sondern bereit ist zur Gemeinschaft und Zusammenarbeit, auch zum gemeinsamen Zeugnis vor anderen. In einer von Atheismus und Gleichgültigkeit geprägten Umwelt haben wir gelernt, über konfessionelle Grenzen hinweg auf das Gemeinsame zu schauen, nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu suchen. Am Arbeitsplatz, in Schule oder Universität zählte nicht die kirchliche Verschiedenheit, sondern das gemeinsame Christsein, ja auch die Herausforderung, dieses Christsein gemeinsam zu bezeugen. Diese Gemeinsamkeit und gegenseitige Offenheit wird uns hoffentlich auch in Zukunft erhalten bleiben.

Nachbemerkung:

Dieser Vortrag wurde Mitte Januar 1991 in Bad Segeberg gehalten. Es war der Versuch, mitten im Fluß der Ereignisse einen Überblick zu geben über die Hauptproblemfelder und die wahrscheinliche Richtung der Entwicklung. Jetzt, bei der Drucklegung, sollen ein paar aktuelle Anmerkungen zur Weiterentwicklung hinzugefügt werden, die jedoch auch bald von neuen Entscheidungen und Ereignissen überholt sein können.

1. In der Frage der Militärseelsorge stehen die Kirchen des ehemaligen Bundes der Evangelischen Kirchen nach wie vor einer Anwendung des Militärseelsorgevertrages in ihrem Bereich ablehnend gegenüber, bei gleichzeitiger Betonung der kirchlichen Pflicht, Gemeindeglieder während ihrer Soldatenzeit seelsorgerlich zu begleiten. In Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsminister ist erreicht worden, daß zunächst für zwei Jahre in diesen acht Kirchen die dort bisher geübte Praxis der Seelsorge an Wehrpflichtigen beibehalten wird.

2. In der Diskussion um den Religionsunterricht in der Schule stehen alle acht Kirchen in Verhandlungen mit den zuständigen Länderministerien, wobei Artikel 7.3 des Grundgesetzes als Grundlage unbestritten ist.

In der Evangelisch-Lutherischen Kirche Sachsens z. B. zeichnet sich folgende Übereinstimmung ab: Religionsunterricht soll ordentliches Lehrfach sein; zugleich wird Ethik/Philosophie als Wahlpflichtfach angeboten; die Eltern (bzw. die Schüler ab dem 14. Lebensjahr) entscheiden über die Teilnahme in dem einen oder anderen Fach; die Verantwortlichkeit der Kirche bezieht sich vor allem auf die inhaltliche Ausgestaltung des Faches (Lehrplan, Lehrbücher); die Lehrkräfte erteilen den Unterricht im Auftrag der Schule. – Unumstritten ist, daß die bisherige „Christenlehre“ ihren Platz im gemeindlichen Leben behalten soll. Ein schwieriges Problem stellt der Mangel an geeigneten Lehrkräften dar. Bedeutsam ist deshalb, daß einige theologische Fakultäten (Greifswald, Leipzig) mit der religionspädagogischen Ausbildung demnächst intensiv beginnen werden.

3. Im Bereich der Kirchensteuern ist die Umstellung auf den Einzug durch die Finanzämter inzwischen erfolgt. Wie erfolgreich im Hinblick auf das finanzielle Einkommen der Kirche diese sicherlich notwendige Maßnahme war, ist z. Zt. noch unklar. Tatsache ist, daß sich alle acht Landeskirchen in ernststen finanziellen Schwierigkeiten befinden und ohne die Hilfe der EKD vor unlösbaren Problemen (z. B. bei der Besoldung ihrer Mitarbeiter) stehen würden. Der Haushaltsplan 1991 der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, die immerhin bisher zu den finanziell bessergestellten gehörte, sieht bei den Einnahmen 63,8 % EKD-Mittel und 11,5 % sogenannte Staatsleistungen vor. Dies bedeutet, daß nur ein Viertel der Einnahmen aus Kollekten und Kirchensteuer gedeckt werden kann. Dabei besteht im Blick auf die Höhe der tatsächlich eingehenden Steuerbeträge noch große Unsicherheit.

4. Es wird immer deutlicher, daß durch die schwierige Wirtschaftslage und den bedrohlichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen die Kirche vor neue Aufgaben gestellt ist, auf die sie freilich nur recht mangelhaft vorbereitet ist. In den gliedkirchlichen Synoden, aber auch auf gemeindlicher Ebene wird intensiv darüber nachgedacht, wie den vielen, die schon arbeitslos sind bzw. es in den nächsten Monaten wahrscheinlich noch werden, kirchlicherseits noch geholfen werden kann. Der Katalog der möglichen Hilfen reicht von kirchlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Beteiligung an Umschulungsmaßnahmen, Unterstützung für Selbsthilfegruppen bis zur Beratung und Bereitstellung von Räumen. – Ein weiterer Schwerpunkt –

mehr im geistig-theologischen Bereich – ist inzwischen noch deutlicher geworden. Es ist eine umfangreiche Informations- und Aufklärungsarbeit notwendig, um die Gemeindeglieder auf die Begegnung mit Neureligionen und verschiedenen religiösen Kulturen vorzubereiten. Hier ist man noch ganz am Anfang; die kirchliche Presse beginnt jedoch, dieser Thematik immer mehr Raum einzuräumen, um Orientierungshilfe zu geben.

Kaiser Josef II. hatte mit dem Toleranzedikt des Jahres 1781 den Evangelischen Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses sowie den griechisch-orientalischen Christen nach fast 200jährigen Verbot ein Privatexerzitium ihres Glaubens gestattet. Das bedeutete, daß die so entstehende Glaubensgemeinschaft aus der Öffentlichkeit ausgeschlossen war und nur als geschlossene Gemeinschaft eingeschriebener Mitglieder existieren durfte. Jeder einzelne Christ, der dieser Gemeinschaft angehören wollte, hatte sich persönlich bei der zuständigen Behörde, Gericht oder Herrschaft als Bekenntner zu melden und konnte dann erst an dem Glaubensleben einer evangelischen Gemeinde teilnehmen. Personen, die nicht als evangelisch A. B. oder H. B. registriert waren, aber dennoch an diesem „Privatexerzitium“ teilnahmen, wurden bestraft, ebenso wie der „Pastor“ der Gemeinde, der eine solche Person nicht aus diesem evangelischen Gottesdienst auswies.

Die Öffentlichkeit gehörte allein der römisch-katholischen Kirche. Sie durfte als „dominante Religion“ Kirche genannt werden, wie auch ihre Kirchen als solche bezeichnet wurden, während den Evangelischen nur die Bezeichnungen für ihre Gotteshäuser als „Kirchen“ oder „Tempel“ verblieben. Auch der Geistliche einer evangelischen Gemeinde durfte nicht als „Pfarrer“ bezeichnet werden, sondern wurde „Pastor“ genannt und die evangelischen Christen wurden öffentlich und allgemein unter der Rubrik „Akkatholiken“ geführt. Sie mußten zum römisch-katholischen Bekenntnis über die Aufsicht der römisch-katholischen Ämter „evangelische Täuflinge“ werden, die gemeinlich als solche anerkannt, aber bei jeder Gelegenheit über die Hand durch die Hebräer mußte sie selbst einen Eid ablegen, daß sie sich dem Glauben zurückvollziehen würden.

Ohne Zweifel sind Vater und Mutter für die Kinder Apostel, Bischof, Pfarrer, weil sie ihnen das Evangelium verkündigen. In Kürze: es gibt keine größere und edlere Gewalt auf Erden als die der Eltern über ihre Kinder, zumal sie geistliche und weltliche Gewalt über sie haben.

Martin Luther